

**Eingabe an den Petitionsausschuss
des Deutschen Bundestages vom 14.06.2008**

Potent: Klaus-Peter Kolbatz

Grund der Eingabe:

"Wir machen derzeit ein Experiment, das wir nicht unter Kontrolle haben".

„Die Treibhauschutzmaßnahmen sind kontraproduktiv und fördern Kälte - und Wärmerekorde“ und "die dramatisch angestiegenen Mikrowellen heizen die Luftmoleküle zusätzlich auf", so Klaus-Peter Kolbatz 1988.



[Klaus-Peter
Kolbatz](#)

Die damals aufkommende Treibhaustheorie hat er sofort widersprochen und war damit Wegbereiter mit seiner Meinung, dass es keinen Treibhauseffekt geben kann, da Wärme grundsätzlich nach oben steigt und ungehindert in das Weltall entweichen kann.

DEUTSCHER  BUNDESTAG

Petitionsausschuss
Die Vorsitzende

Herrn
Klaus-Peter Kolbatz
Titiseestr. 27

13469 Berlin

11011 Berlin, 14.01.2010
Platz der Republik 1
Fernruf (030) 227-35257
Telefax (030) 227-36027
Pet 2-16-18-2704-041605

Sehr geehrter Herr Kolbatz,

der Deutsche Bundestag hat Ihre Petition beraten und am 17.12.2009 beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen.

Er folgt damit der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (BT-Drucksache 17/262), dessen Begründung beigefügt ist.

Mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages ist das Petitionsverfahren beendet.

Mit freundlichen Grüßen



Kersten Steinke

Anlage: - 1 -

Pet 2-16-18-2704-041605

13469 Berlin

Klimaschutz

Beschlussempfehlung

Das Petitionsverfahren abzuschließen.

Begründung

Der Petent fordert eine neue Klimaschutzpolitik auf der Grundlage einer von ihm entwickelten Theorie über die Ursache des Klimawandels.

Nach seiner Auffassung kann der Anstieg der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre nicht für den Klimawandel verantwortlich gemacht werden. Ursache hierfür sei vielmehr die zunehmende Überflutung der Erdoberfläche durch von Nachrichtensatelliten und anderen Sendeeinrichtungen ausgehende elektromagnetische Wellen, die in der Atmosphäre Schwingungen erzeugten und so die Luftmoleküle erwärmten.

Wie der Petent weiter darlegt, sei nicht nachvollziehbar, warum CO₂ ein Schadstoff sein solle. Vielmehr sei CO₂ die Grundlage für alles Leben auf der Erde; ohne CO₂ gäbe es kein Wachstum, bei erhöhter CO₂-Konzentration würden die Pflanzen eindeutig besser wachsen, und wie der Ausbruch des Vulkans Pinatubo im Jahr 1991 bewiesen habe, schütze ein Anstieg der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre vor Sonneneinwirkungen. Insofern fördere die bisherige – auf eine Senkung der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre ausgerichtete – Klimaschutzpolitik die Klimaerwärmung und sei kontraproduktiv.

Zu den Einzelheiten des Vortrags des Petenten wird auf die Akte Bezug genommen.

Der Petitionsausschuss hat das BMU gebeten, zu der Eingabe Stellung zu nehmen. Auf der Grundlage der Ausführungen des BMU stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung der Eingabe wie folgt dar:

noch Pet 2-16-18-2704-041605

Der Petitionsausschuss kann die Forderung des Petenten nicht unterstützen.

Im Hinblick auf die Beurteilung der Eingabe verweist der Petitionsausschuss auf die dem Petenten vorliegende Stellungnahme des BMU vom 30.07.2008, die inhaltlich nicht zu beanstanden ist.

Was die ergänzenden Ausführungen des Petenten vom 27.08.2008 anbelangt, so stellt der Petitionsausschuss fest, dass er nach Prüfung der vorgetragene Argumente und Gesichtspunkte keinen Anlass dafür sieht, von seiner voranstehenden Einstellung gegenüber der Eingabe abzuweichen.

Im Übrigen erinnert der Petitionsausschuss daran, dass der Petent seine Sichtweise zu den Ursachen des Klimawandels bereits in einer Eingabe vom 22.02.2008 vorgebracht hat; er verweist insofern auf die entsprechende, vom Deutschen Bundestag in der 202. Sitzung der 16. Wahlperiode am 29.01.2009 angenommene Beschlussempfehlung mit Begründung.

Nach alledem empfiehlt der Petitionsausschuss, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen des Petenten nicht entsprochen werden kann.

DEUTSCHER BUNDESTAG
Petitionsausschuss

11011 Berlin, 07.08.2008
Platz der Republik 1

Pet 2-16-18-2704-041605
(Bitte bei allen Zuschriften angeben)

Fernruf (030) 227-32735
Telefax (030) 227-36130

Herrn
Klaus-Peter Kolbatz
Titiseestr. 27

13469 Berlin

Betr.: Klimaschutz

Bezug: Mein Schreiben vom 07.07.2008

Anlg.: - 1 -

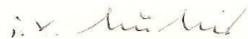
Sehr geehrter Herr Kolbatz,

hiermit übersende ich Ihnen die zu Ihrer Eingabe angeforderte Stellungnahme des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Ausführungen gedient zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



(Frau Jaedtke)

Anlage

Stellungnahme des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zur Eingabe von Herrn Klaus-Peter Kolbatz, Titiseestr. 27 in 13469 Berlin, vom 14.06.2008

Die Atmosphäre unserer Erde enthält Spurengase, die unsere Erde wie ein Schutzschild umgeben und somit verhindern, dass die von der Erde abgestrahlte Wärme ins All entweicht. Ohne die Treibhausgase wäre es daher auf der Erde bitterkalt (im Durchschnitt etwa minus 15 Grad Celsius). So aber herrscht bei uns eine durchschnittliche Oberflächentemperatur von 15 Grad Celsius.

Die Möglichkeit der menschlichen Beeinflussung des Weltklimas wurde erstmals Ende des 19. Jahrhunderts wissenschaftlich diskutiert. Die wissenschaftliche Diskussion führte in den 1970er Jahren zu der Erkenntnis, dass der Mensch das Klima massiv verändert. Insbesondere im letzten Jahrzehnt wurden viele Forschungsarbeiten zu diesem Thema veröffentlicht, die teilweise auch in den Medien Beachtung fanden.

Das Klimasystem unserer Erde ist sehr komplex und wird von diversen äußeren Faktoren beeinflusst. Dies führt zu zahlreichen Schwankungen und Rückkopplungsprozessen.

Daher haben die Weltmeteorologie-Organisation (WMO) sowie das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) den Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC) ins Leben gerufen. Der IPCC veröffentlicht alle 5 bis 6 Jahre Sachstandsberichte, die unter Mitwirkung Hunderter Wissenschaftler erstellt und überprüft werden. Erst im Februar 2007 ist der erste Teil des 4. Wissensstandsberichts veröffentlicht worden. Die Ergebnisse sind alarmierend. „Der Klimawandel findet weltweit statt, und seine Auswirkungen beeinflussen alle Volkswirtschaften und die Aussichten für die Zukunft sind düster.“ Damit begründet der IPCC seinen klaren Appell: Es ist höchste Zeit zu handeln, um Schlimmeres abzuwenden. Der Bericht zeigt, dass der Klimawandel Realität ist und sich in der Folge die extremen Wetterereignisse häufen. Die Konsequenzen der Klimaänderungen machen eine ehrgeizige Klimapolitik notwendig.

Bereits 2001 hat der IPCC festgestellt: „Unter Berücksichtigung der verbleibenden Unsicherheiten ist der Großteil der beobachteten Erwärmung im Verlaufe der letzten 50 Jahre wahrscheinlich auf die steigenden Treibhausgaskonzentrationen zurückzuführen.“ Im 4. Sachstandsbericht des IPCC hat sich die Sicherheit der Aussagen erhöht. In 2007 urteilt der IPCC, dass es „sehr wahrscheinlich“ sei, dass die menschlich verursachten Treibhausgaszuwächse ursächlich für die beobachtete globale Temperaturerhöhung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind.

Da die Klimaänderungen von erheblicher Relevanz für viele Staaten und Menschen sind, ist die Notwendigkeit für die Politik gegeben zu handeln. Sie muss dies auf Basis der Wahrscheinlichkeitsaussagen der Wissenschaft tun. Der weit überwiegende Teil der Wissenschaftler schätzt die drohende Gefahr – auch wenn deren Eintritt nicht ganz sicher ist – als so hoch ein, dass Handeln dringend geboten ist. Bei einem weiteren, gleich bleibend hohen Ausstoß von Treibhausgasen ist nach dem 4. Sachstandsbericht zu erwarten, dass bis 2100 die globale Mitteltemperatur im besten Fall um 1,1 bis 2,9 Grad Celsius, im schlimmsten Fall um 2,4 bis 6,4 Grad Celsius und der Meeresspiegel im günstigsten Fall um 18 bis 38 Zentimeter, im schlimmsten 26 bis 59 Zentimeter steigen wird.

Im Übrigen ist die Notwendigkeit, Entscheidungen unter Unsicherheiten zu treffen, keine Besonderheit der Klimapolitik. Jede Investitionsentscheidung birgt ebenfalls Unsicherheiten.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse, auf die sich die politischen Entscheidungen stützen, folgen gewissen Regeln. So hat sich ein System der Kommunikation und Qualitätskontrolle entwickelt. Besonders umfangreich sind die Prüfmechanismen für die Berichte des IPCC.

Die steigenden Bedürfnisse des Menschen führen zu einem Anstieg des Energiebedarfs. Infolge dessen wird insbesondere bei der Verbrennung von fossilen Rohstoffen wie Kohle, Erdöl und Erdgas sowie auch durch Landnutzungsänderungen in erhöhtem Maße Kohlendioxid (CO₂) freigesetzt. Teilweise wird das freigesetzte CO₂ in den Ozeanen und der Biosphäre gespeichert. Etwa 50 Prozent verbleiben jedoch in der Atmosphäre und reichern sich dort aufgrund der langen Verweildauer an. Dies hat mit Beginn der Industrialisierung zu einer deutlichen Zunahme der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre geführt.

1958 wurde im Observatorium Mauna Loa (Hawaii) mit Direktmessungen der CO₂-Konzentration begonnen, die sich mit einem Wert von 315 ppm nahtlos an die aus Eisbohrkernuntersuchungen rekonstruierte zeitliche Entwicklung der troposphärischen CO₂-Konzentration anschloss. Seit Beginn der Industrialisierung ist die mittlere CO₂-Konzentration von 275 ppm auf 358 ppm (1994) gestiegen. Diese Zunahme konnte auch an anderen Orten gemessen werden. Die kontinuierliche Zunahme der CO₂-Konzentration auf Mauna Loa kann somit auch nicht mit der Tätigkeit des nahen Vulkans begründet werden. Abweichungen vom mittleren Anstieg in den Neunziger Jahren können mit El Niño in Verbindung gebracht werden. El Niño-Ereignisse können alle 3 bis 5 Jahre im südamerikanischen Raum beobachtet werden. Es treten dann starke Veränderungen der ozeanischen Temperaturen sowie der Passatwinde und der Niederschläge auf. Dieses pazifische Klimaphänomen hat weltweite Auswirkungen auf das Wetter. Folgen in der Region sind gewaltige Fischsterben und Ernteverluste, aber auch Dürren in Australien und Waldbrände in Indonesien.

Darüber hinaus lassen die Messungen Rückschlüsse darauf zu, ob das CO₂ aus biogenen oder fossilen Quellen stammt. Entsprechende Untersuchungen belegen, dass der Anstieg auf die Verbrennung fossiler Rohstoffe zurückzuführen ist.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)

G I 3 - 07023 II

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Postfach 12 06 29 · 53048 Bonn

Herrn
Klaus-Peter Kolbatz
Langenauer Weg 21
13503 Berlin

Lieferschrift:
Alarstraße 20
53175 Bonn
Fernruf (0228) 305-0
(030) 23142-0*
Durchwahl: 2231
Telek: 8 857 90
Teletex: 228 38 54
Dienstgebäude Nr.: 2
22. Juni 1994

Betr.: Ursachen der Ozonschädigung, Treibhauseffekt

Bezug: Ihre Schreiben vom 24. Mai und 09. Juni 1994

Sehr geehrte Herr Kolbatz,

Ihre Schreiben, die mir von Herrn BM Prof. Dr. Töpfer zur Beantwortung zugeleitet worden sind, habe ich mit Interesse gelesen. Wie ich Ihnen schon in unserem Telefongespräch am heutigen Tage sagte, ist uns eine befriedigende fachliche Beurteilung Ihrer Überlegungen nicht möglich. Deshalb habe ich Ihre Schreiben an das Bundesumweltamt in Berlin weitergeleitet. Von dort werden Sie weitere Antwort erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Euschen
Euschen

Dienstgebäude
1 = KERNWÜZELLE 5
2 = Bernkasteler Straße 8
3 = Godesberger Allee 99
4 = Hauptstraße 30
5 = Grauhofstraße 29/ 92
(Eingang Hauptstr. 30)

6 = Alarstraße 20
7 = Pöhlstraße 63
8 = Stephan-Löcherer-Str. 1
9 = Stephan-Löcherer-Str. 2
10 = 10117 Berlin, *
Schriftbauseldamm 15

Telefax:
1 = 365-3225 5 = 365-2389
2 = 365-3524 7 = 365-2893
3 = 365-2056 9 = 365-2225
4 = 365-2869 0 = 365-2109
5 = 365-3746 10 = 030-23142-375

Einleiharbeiter Öffentlicher Verkehrsmittel
T, S, U, B = Hochkreuz Stadtbahnhöfen 14/15
BusHaltestelle Linien 614 u. 618
2 = Hochkreuzallee Buslinie 612
3 = Hochkreuz Stadtbahnlinie 10/63
4/5 = BusHaltestelle Augustinum Linie 638
StraßenbahnHaltestelle Finanz-
ministerium Linie 61

6 = BusHaltestelle Linien 610 Dantziger Straße
und 614 Deutsche Forschungsgemeinschaft
7 = BusHaltestelle Linie 422 Ehrenstraße und
630 Schiedbergweg
Straßenbahnlinie 64, KÖDINGHOVEN
10 = Haltestelle Bahnhof Friedrichstraße
- U-, U-, S-Bahnen

Recycling Papier, zu 100% aus Altpapier hergestellt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)

G I 3 - 07023 II

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Postfach 12 06 29 · 53048 Bonn

Herrn
Klaus-Peter Kolbatz
Langenauer Weg 21

13503 Berlin

Lieferschrift:

Ahrstraße 20
53175 Bonn
Fernruf: (0228) 305-0
(030) 23142-0*
Durchwahl: 2231
Telefax: 8 857 90
Teletex: 228 38 54
Dienstgebäude Nr.: 2
14. Juli 1994

Betr.: Ursachen der Ozonschädigung, Treibhauseffekt

Bezug: Ihr Schreiben vom 26. Juni 1994

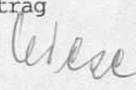
Sehr geehrter Herr Kolbatz,

Ihr neues Schreiben, das mir von Herrn BM Prof. Dr. Töpfer ebenfalls zur Beantwortung zugeleitet worden ist, habe ich sogleich an das Bundesumweltamt in Berlin weitergeleitet, damit Ihre weitergehenden Überlegungen von dort berücksichtigt werden können.

Ich darf aber nochmals, wie schon in unserem seinerzeitigen Telefongespräch erörtert, darauf hinweisen, daß ich bezweifle, daß zu diesem außerordentlich komplizierten Problem gesicherte Antworten schnell gefunden werden können. Ich habe deshalb dem UBA auch anheimgestellt, Ihre Überlegungen ggf. an den BMFT heranzutragen, um auch spezialisierten Forschungseinrichtungen Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Wiese 

Dienstgebäude
1 = Kennedyallee 5
2 = Bernkasteler Straße 8
3 = Godesberger Allee 90
4 = Husarenstraße 30
5 = Graurheindorfer Str. 92
(Eingang Husarenstr. 30)

6 = Ahrstraße 20
7 = Petersbergweg 63
8 = Stephan-Lochner-Str. 1
9 = Stephan-Lochner-Str. 2
10 = 10117 Berlin, Schiffbauerdamm 15

Telefax
1 = 305-3225 6 = 305-2399
2 = 305-3524 7 = 305-2693
3 = 305-2695 8 = 305-3225
4 = 305-2699 9 = 305-2109
5 = 305-3746 10 = 030-23142-375

Erreichbar mit öffentlichen Verkehrsmitteln
1, 8 u. 9 = Hochkreuz Stadtbahnhöfen 18/63
Bushaltestelle Linien 614 u. 618
2 = Hochkreuzallee Buslinie 612
3 = Hochkreuz Stadtbahnlinie 16/63
4/5 = Bushaltestelle Augustinum Linie 638
Straßenbahnhaltestelle Finanzministerium Linie 61

6 = Bushaltestelle Linien 610 Danziger Straße und 614 Deutsche Forschungsgemeinschaft
7 = Bushaltestelle Linie 622 Rhenusallee und 630 Schießbergweg
Stadtbahnlinie 64, Küdinghoven
10 = Haltestelle Bahnhof Friedrichstraße - U- u. S-Bahnen